

# Ein Appell für eine friedliche Lösung

**Ukrainekrieg** Der Mitteltaler Religionslehrer Theo Ziegler spricht sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus und verweist auf Beispiele aus der Geschichte. Die SPD Dornstetten schrieb nach Berlin. *Von Monika Schwarz*

**F**riedensaktivist und Religionspädagoge Dr. Theo Ziegler aus Mittelal hatte zusammen mit der SPD am 26. Februar eine Friedenskundgebung auf dem Freudenstädter Marktplatz organisiert (wir berichteten). Seither ist viel passiert. Bereits tags darauf hat Bundeskanzler Olaf Scholz die geplante Erhöhung der Militärausgaben auf 100 Milliarden Euro verkündet, erste Waffenlieferungen in die Ukraine sind erfolgt. In einer sicherheitspolitischen Kehrtwende wurden die bisher geltenden Grundsätze über Bord geworfen.

„Wir wollen das Militär nicht nur kritisieren, sondern aufzeigen, wie man den Frieden zivil sichern kann.“

Thomas Ziegler, Friedensaktivist

Ziegler und auch Hans Lambacher vom SPD Ortsverein Dornstetten-Waldachtal bewerten das kritisch. Der Ortsverein hat deshalb zwischenzeitlich ein Schreiben an den Parteivorstand verfasst



Der Religionspädagoge, Liedermacher und Friedensaktivist Dr. Theodor Ziegler (links) und der Sozialdemokrat Hans Lambacher kritisieren die Haltung der Bundesrepublik im Krieg Russlands gegen die Ukraine und sorgen sich um die aktuellen Entwicklungen.

und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben kritisiert. Die örtliche SPD befürchtet ein immer stärkeres Wettrüsten mit „schlimmen Folgen für Weltfrieden, Weltklima und soziale Gerechtigkeit“. Alternativ dazu fordert der Ortsverein deshalb nachdrückliche Investitionen in die humane Sicherheit, den Klimaschutz und die Bildung sowie eine finanzielle und personelle Aufwertung der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE).

Die Initiatoren des Schreibens sprechen sich für eine Stärkung der zivilen Sicherheitspolitik aus. Anstatt der militärischen Intervention wird eine „internationale Polizei auf europäischer Ebene“ gefordert. Ein Ansatz, den der mittlerweile in Mittelal beheimatete Theodor Ziegler schon lange verfolgt. „Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und darf um Gottes und der Menschen Willen nicht sein“, betonte er bereits auf der Kundgebung. Er ist Mitinitiator des friedensethischen Prozesses in der badischen Landeskirche.

Die Verantwortlichen dieser Prozessgruppe haben die Landesynode bereits lange vor dem jetzt erfolgten Einmarsch Russlands in

die Ukraine dazu aufgefordert, ihre „friedensethische Haltung“ – „Wir sind für den Frieden, auf Militär kann man aber nicht verzichten“ – zu überdenken. Die badische Landessynode hat seinerzeit reagiert und einen „friedensethischen Beschluss“ gefasst, Möglichkeiten des Ausstiegs aus der militärischen Friedenssicherung untersuchen zu lassen.

Ziegler war damals Mitglied der Expertengruppe. Die Studie „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Friedenssicherung“, die ein Szenario bis 2040 beinhaltet, habe nun aufgrund der jüngsten Ereignisse eine ganz neue Aktualität erlangt. Zur daraus entstandenen „Sicherheit neu denken“-Initiative gehören Friedensaktivisten aus den Kirchen, aus der Ärzteschaft und weiteren Gruppen.

„Wir wollen das Militär nicht nur kritisieren sondern aufzeigen, wie man den Frieden zivil sichern kann“, betont Ziegler. Die Grundlagen ziviler Friedenssicherung sind demnach ein „fairer und

nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsstil“, „gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den EU-Anrainerstaaten“, „die Stärkung der OSZE auch in finanzieller Hinsicht“ und damit auch der Aufbau einer „gemeinsamen internationalen Polizei“, wie sie nun auch von der SPD im Schreiben an den Parteivorstand gefordert wird.

„ Die russische Seele hat das vermutlich stärker getroffen, als wir uns das vorstellen können.

Thomas Ziegler, Religionspädagoge

Weiter gehöre die „Friedensbildung im weitesten Sinne“ intensiviert und die „Bundeswehr in Richtung eines internationalen Technischen Hilfswerkes transformiert“, finden die SPDler aus dem Schwarzwald. Putins Invasi-

on in die Ukraine bezeichnet Ziegler als „brutalen Verstoß gegen das Völkerrecht“. Die Verteidigung der Ukraine mit militärischer Gewalt, die geforderten und zwischenzeitlich gewährten Waffenlieferungen hält er aber, trotz der eindringlichen Bitte der Ukrainer, für falsch.

Dass Putin jetzt sogar mit Atomwaffen drohe – was man auch ernst nehmen müsse, so Ziegler – sei eine klare Reaktion auf diese militärische Einmischung. Ziegler erinnert an die vergleichbare Besetzung der Tschechoslowakei im Jahr 1968 und an den damaligen Verzicht der Regierung auf militärischen Widerstand. Das habe sich langfristig für die Bevölkerung bezahlt gemacht und viel Leid verhindert, findet der Mitteltaler.

Auch in der Ukraine könne er sich einen solchen konfliktfreien Widerstand vorstellen, indem Präsident Wolodymyr Selenskyj beispielsweise die Rolle eines „Gandhi 2.0“ übernimmt und damit aufhört, militärische Unter-

stützung zu erbeten. Ziegler macht aber auch dem Westen Vorwürfe: Der Westen habe einige Chancen für ein besseres Verhältnis mit Putin nicht ergriffen und diesen teilweise herabsetzend behandelt. „Die russische Seele hat das vermutlich stärker getroffen, als wir uns das vorstellen können.“ Ein Narzisst wie Putin komme ohne Gesichtsverlust aus der derzeitigen Situation eigentlich nur raus, indem er alles platt mache, so Zieglers Einschätzung.

Alternativ komme bestenfalls ein klug vorbereiteter Verhandlungsfrieden mit partiellen Zugeständnissen in Betracht. Ziegler hat sogar einen Lösungsvorschlag: Eine neutrale und entmilitarisierte Ukraine bei gleichzeitiger Entmilitarisierung Russlands im Grenzgebiet. Gefährlich sind seiner Meinung nach Aussagen wie die von Friedrich Merz, dass gezielte Angriffe auf Atomkraftwerke die Nato legitimiere einzuschreiten. „Wenn das los geht, dann geht die ganze Maschinerie los“, so Ziegler. „Was gerade passiert, ist im Grunde das totale Versagen der militärischen Friedenssicherung.“ Auf dieser Basis nun

auch noch aufzurüsten, sei „auf das falsche Pferd gesetzt“ und führe zwangsläufig zu einem Wettrennen, befürchtet der Religionspädagoge.

Forderungen, mindestens zehn Prozent der 100 Milliarden Euro, die Bundeskanzler Scholz jährlich für die Bundeswehr zur Verfügung stellen will, für die zivile Konfliktarbeit zur Verfügung zu stellen, sei zumindest ein gangbarer Kompromiss, so Ziegler.

Lambacher hätte sich insbesondere von den Kirchen, sowohl in Russland als auch im Westen, ein deutlicheres Statement und einheitlicheres Auftreten im Ukrainekonflikt gewünscht.

Neben der Kritik an der geplanten Erhöhung der Verteidigungsausgaben haben Lambacher und die Verantwortlichen im SPD-Ortsverein Dornstetten/Waldachtal noch ein zweites Schreiben an den Parteivorstand in Berlin mit einer weiteren Forderung verfasst: nach einem Parteiausschlussverfahren von Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Dessen Verhalten sei unter Demokraten unwürdig und den Bürgern auch nicht mehr zu vermitteln, heißt es in dem Schreiben.

**Info** Die nächste Friedenskundgebung auf dem Freudenstädter Marktplatz ist für Samstag, 26. März, geplant.